

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 22. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 27. Oktober 2010
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.15 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Kathrin Gürtler, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste: Charlotte Weishaupt

Entschuldigt: Mathilde Oppliger, Semra Wagner-Sakar

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 38 Anwesende = 26

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro**
anstelle des zurückgetretenen Florian Spiegel, SVP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3959
2. Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 betreffend **Einführung einer
freiwilligen öffentlichen Tagesschule auf Primarstufe in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 3951

3. Interpellation von Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion, vom 10.09.2009 betreffend
Glasfasernetz in Allschwil
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3878 / A

4. Interpellation von Josua M. Studer vom 27.04.2010 betreffend
Freiwerdende Fläche am Baselmattweg bei den Ciba-Sportplätzen
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3940 / A

5. Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 16.06.2009 betreffend
Erhöhung der Verkehrssicherheit bei Tram- und Bushaltestellen bei Schulen, Kindergärten und Tagesheimen
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3868

6. Postulat von Josua M. Studer vom 16.01.2010 betreffend
Nummerierung der Einwohnergeschäfte
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3922

7. Postulat von Josua M. Studer vom 10.02.2010 betreffend
Sole statt Salz, der Umwelt und Gemeindefinanzen zuliebe
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3924

8. Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 28.04.2010 betreffend
Pedibus für Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 3941

9. Postulat von Christoph Benz und Barbara Selinger, EVP, Andreas Bammatter, SP, Julia Gosteli, Grüne, Jérôme Mollat, Grünliberale, vom 10.05.2010 betreffend
Sauberer Strom für Allschwil (Atom- und CO2-frei)
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3942

10. Postulat von Siro Imber, FDP, vom 16.06.2010 betreffend
Grenzlage als Chance bei der Sprachausbildung nutzen
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 3949

11. Motion von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 15.07.2010 betreffend
Umgestaltung des Allschwiler Dorfplatzes
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3914

Nach der Pause:

- PRÄSENTATION STEUERMONITORING
 - INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
-

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 22 vom 27. Oktober 2010

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Kathrin Gürtler

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Geschätzte Anwesende, ich begrüsse Sie herzlich zur Einwohnerratssitzung von heute Abend. Besonders begrüssen möchte ich Frau Weishaupt, die uns bei den Tagesschulen Ausführungen geben wird.

[Entschuldigungen/Präsenz: siehe Protokolleingang)

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich habe zwei Mitteilungen. Das erste betrifft den Aufruf der Redner. Ab sofort wird der Redner aufgerufen und auch die Person, die danach dran kommt. So kann sie sich vorbereiten und sich um ein Mikrofon kümmern. Wir haben das im Büro besprochen. Josua Studer hat diesen Wunsch auch geäussert, dass wir das einführen sollen. Wir werden dies ab sofort so handhaben und Josua Studer hat sein dringliches Verfahrenspostulat zurückgezogen. Die Postulate, die der Gemeinderat entgegennehmen würde, werden wir direkt überweisen, wenn es keinen Gegenantrag gibt. Ich komme zu den dringlichen Motionen. Wir haben eine dringliche Motion betreffend Postagentur im Gebiet Lindenplatz von Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Die Dringlichkeit ist gegeben, weil es ein aktuelles Thema ist. Man sieht das, wenn man auf die Webseite in den Blog geht, dass es hier ein hin und her gibt. Wir müssen jetzt reagieren, damit wir keine Zeit verlieren. Jetzt ist das Brot noch warm, wir müssen es fertig backen. Ich bitte darum, dass wir diesem Geschäft Dringlichkeit geben, damit wir nach der Pause darüber debattieren können.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich bin auch für Dringlichkeit. Von unserer Seite kam diese Petition zur Post. Ich bin aber vor allem für Dringlichkeit, weil Josua Studer diese Idee bereits im AWB veröffentlicht hat. Es ist ja schon draussen, was die Idee ist und dann können wir auch jetzt darüber reden.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wortbegehren? – Gemeindepräsident Lauber

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat hat auch die Dringlichkeit beraten und den Inhalt der Motion. Wir haben keine Dringlichkeit festgestellt, weil wir im Kontakt mit der Post sind. Auch wenn zurzeit die Verhandlungen an einem Tiefpunkt stehen, kann man davon ausgehen, dass sie weitergeführt werden und hoffentlich zielgerichtet. Ein Problem, das wir sehen, ist, dass wir mit potentiellen Agenturbetreibern Kontakt aufnehmen sollen. Damit sind wir überfordert. Wir wissen nicht, wie eine Postagentur aussieht. Wir können nicht sagen, was es kostet und was die Dienstleistungen sind. Das ist eine typische Aufgabe, die nur die Post machen kann. Wir können einem Unternehmer nicht erklären, was auf ihn zukommt, wenn er eine Postagentur betreibt. Wir sehen die Intention der Motion, wir sind dahinter und haben vom Gemeinderat aus verlangt, dass eine solche Agentur am Lindenplatz realisiert werden soll. Das ist für den Gemeinderat nicht der richtige Weg. Wir können Ihnen garantieren, dass wir uns für eine Lösung am Lindenplatz weiterhin einsetzen werden.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es sonst noch eine Wortmeldung? – Gabi Huschke

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich würde gerne dieses Thema jetzt anschauen. Jetzt wurde schon mit dem Inhalt angefangen. Ich würde gerne auch etwas dazu sagen, darum bin ich für die Dringlichkeit. Ich bin auch nicht für die Motion, aber könnte darüber argumentieren. Wir haben von der SVP noch eine Idee gehört. Es brennt allen unter den Händen, wir könnten es diskutieren. Es heisst ja nicht, dass wir die Motion überweisen wollen. Ich bitte darum, dass wir es als dringlich anschauen heute Abend.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

://:

Wird grossmehrheitlich als dringlich angeschaut.

Wir kommen zur nächsten dringlichen Motion betreffend Ausbau der Poststelle Allschwil 1, eingereicht von der SVP-Fraktion.

Cedrik Roos, 1. Vizepräsident: Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende. Auch ich habe eine Motion zum Thema Poststelle eingereicht. Ich möchte mit dieser Motion einen neuen Impuls geben. Weil die Dringlichkeit vorhin angenommen wurde, könnten wir das grad im gleichen Rutsch erledigen. Die Informationen wurden vorgängig allen Fraktionspräsidenten und dem Gemeinderat zugestellt. Die Behandlung könnte heute stattfinden.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wir von der Fraktion haben dies angeschaut und wir werden der Dringlichkeit zustimmen, weil das Thema aktuell ist. Wir werden aber die Motion nicht überweisen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit

://:

Die Dringlichkeit wird einstimmig angenommen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zu einem dringlichen Verfahrenspostulat betreffend Anlobung von neuen Ratsmitgliedern, eingereicht von Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Danke Frau Präsidentin. Sie waren letztes Mal in der Landratssitzung wie auch einige SP-Mitglieder. Sie könnten live erleben, wie Anlobungen vonstatten gehen. Sie haben sicher die Bedeutung gespürt. Ich habe diesen Vorstoss dringlich eingereicht, damit wir das so schnell wie möglich umsetzen können. Wir haben bereits die Hälfte des Einwohnerrates in der Hälfte der Legislatur ersetzt, die nächsten Wechsel stehen auch schon an. Deshalb sollten wir das rasch über die Bühne bringen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

://:

Die Dringlichkeit des Verfahrenspostulats wird grossmehrheitlich gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zu einer Interpellation betreffend Musik in der Kirche. Der Interpellant ist Josua Studer.

Josua Studer, parteilos. Ich habe ein paar Vorstösse eingereicht. Ich werde gesamthaft zu allen ein Mal reden. Es ist sehr ausführlich in den Vorstössen umschrieben, um was es geht. Alle haben das erhalten, deshalb erübrigt es sich, zu jedem Geschäft extra etwas zu sagen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich danke Ihnen. Interpellation betreffend Umgestaltung der Baslerstrasse, auch von Josua Studer. Postulat betreffend einer neuen Haltestelle Central, eingereicht von Josua Studer. Verfahrenspostulat betreffend schriftliche Erläuterungen des Gemeinderates zu den Vorstössen, eingereicht von Josua Studer. Das sind die eingereichten Vorstösse.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Es gibt eine Änderung vom Büro betreffend des Wahlbüros. Wir möchten das Traktandum 1 verschieben auf die nächste Sitzung. Die Kommission besteht aus 21 Mitgliedern. Durch den Austritt von zwei Mitgliedern aus der SVP-Fraktion gibt es dort Sitzverschiebungen zwischen der SVP-Fraktion und den Grünen. Die SVP verliert einen Sitz, dieser geht an die grüne Fraktion. Wir haben dies erst spät festgestellt, darum hatte die grüne Partei zu wenig Zeit, um jemanden suchen zu können. Gibt es sonst Änderungsanträge?

Siro Imber: Ich bitte darum, dass wir das Postulat "Grenzlage als Chance nutzen" absetzen und auf das nächste Mal vertagen, weil ich früher gehen muss.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Siro Imber, sollen wir es nach Vorne verschieben?

Josua Studer, parteilos: Ich bin etwas erstaunt, dass wir dieses Traktandum absetzen sollen. Als das Schwingfest in Allschwil war habe ich mit Nedim Ulusoy über diese Thematik diskutiert. Er weiss seither, dass sie zum Handkuss kommen für einen weiteren Sitz im Wahlbüro. Mich erstaunt, dass die Verwaltung nicht von sich aus die Verteilung auf der Liste nachgerechnet hat. Das erstaunt mich. Ich habe kein Problem, wenn wir es jetzt absetzen. Ich bitte die Verwaltung, dass sie schaut, wenn es in einem Gremium eine Veränderung gibt, dass wir von Anfang an wissen, wem dieser Sitz gehört. Grundsätzlich wurde dies von der SP her mit einem Vorstoss gemacht. Da habe ich darauf hingewiesen, dass es so oder so Diskussionen gibt. Jetzt haben wir dafür die Bestätigung.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich möchte darauf hinweisen, dass es ein Fehler des Büros war, dass nicht informiert wurde. Ist der Rat mit diesen Änderungsanträgen einverstanden?

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Was ist jetzt mit den Änderungen von Siro Imber?

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Das Traktandum wird vorverschoben nach dem Traktandum 2. Ist der Rat mit dieser Änderung einverstanden?

://:

Dem Änderungsantrag wird zugestimmt mit 27 Ja zu 8 Nein und 3 Enthaltungen.

Wir kommen zu den ordentlich traktandierten Geschäften.

553 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1
Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro
anstelle des zurückgetretenen Florian Spiegel, SVP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3959

[wird verschoben]

554 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2
Bericht des Gemeinderates vom 18.08.2010 betreffend Einführung einer
freiwilligen öffentlichen Tagesschule auf Primarstufe in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 3951

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Guten Abend Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer. Wie Sie sehen, sitzt neben mir meine Hauptabteilungsleiterin, Charlotte Weishaupt. Sie ist Projektleiterin von diesem Geschäft Tagesschule, das wir jetzt behandeln. Sie hat mit grossem Einsatz und ebenso grossem Aufwand dieses Projekt geleitet und den Bericht zum Abschluss gebracht. Wir stellen Ihnen den gemeinsam vor.

An der Einwohnerratssitzung vom 18. Januar 2006 ist das Postulat von Juliana Weber, SP/EVP-Fraktion, zur Tagesschule von euch an den Gemeinderat überwiesen worden. Der Gemeinderat hat im strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplan 2009 bis 2014 als Ziel festgehalten: Allschwil verfügt über ein ausreichendes und vielfältiges familienergänzendes Betreuungsangebot. Dieser Entwicklungs- und Massnahmenplan wurde am 18. Februar 2009 von Ihnen Einwohnerräte zur Kenntnis genommen. Als Massnahme hat der Gemeinderat damals festgelegt: Bedürfnisse im Anschluss an den Tageskindergarten sind abzuklären. Das Konzept Tagesschule auf Primarstufe ist als bedarfsgerechtes Tagesschulangebot umzusetzen. Der Gemeinderat geht davon aus, dass eine freiwillige öffentliche Tagesschule mit integrierter Betreuung für Kinder als gesamtheimliches und umfassendes Betreuungskonzept ein bedürfnisgerechtes Angebot darstellt, das die übrigen bestehenden Betreuungsangebote sinnvoll ergänzt. Es geht bei diesem zusätzlichen Angebot einer Tagesschule darum, den heutigen veränderten Strukturen in den Familien Rechnung zu tragen. Mit einem solchen zusätzlichen Betreuungsangebot soll die Attraktivität von Allschwil als Wohn- und Arbeitsort gefestigt und gesteigert werden. Charlotte Weishaupt wurde beauftragt, ein Konzept Tagesschule auszuarbeiten. Eine Kerngruppe, bestehend aus Gemeinderäten, Schulleitung, Schulrat und Hauptabteilungsleiter, hat Grundlagen geschaffen und hat bis zum Schluss des Berichts tatkräftig mitgearbeitet. Eine weitere Gruppe, bestehend aus jeweils einer Person aus den Fraktionen und der Schule, hat sich intensiv mit diesem Konzept auseinandergesetzt und den Bericht einstimmig gutgeheissen. An dieser Stelle möchte ich mich sehr herzlich bedanken bei allen, die mit grossem Engagement mitgearbeitet haben. Ich komme zum Bericht. Die Umsetzung der Strategie ist wie folgt festgehalten. Es waren eine Bedarfsabklärung durchzuführen und auszuwerten, Eckwerte zu definieren, Standort und räumliche Möglichkeiten abzuklären, ein pädagogisches Grobkonzept zu erarbeiten, Kosten zu ermitteln und ein Subventionsschlüssel mit Reglement zu erarbeiten.

Zur Bedarfsabklärung. Wie Sie aus dem Bericht entnehmen können, sind die Eltern von Kindern im Kindergartenalter interessiert. Vor allem auch Eltern mit Kindern im Tageskindergarten wünschen sich

eine Anschlussmöglichkeit. Der Tageskindergarten ist jetzt bereits im 2. Betriebsjahr zu unserer grossen Freude ausgelastet.

Wir gehen weiter im Bericht mit Punkt 3.3, Eckwerte. Erst nach der Genehmigung durch den Gemeinderat hat die Volksabstimmung zur Einführung von Harmos stattgefunden. Darum sind einige Anpassungen notwendig, im Verlaufe des Berichts werden sie aufgezeigt. Festgehalten ist der Start, dieser ist vorgesehen nach den Sommerferien August 2011. Vor allem ist dieser Zeitpunkt wichtig im Hinblick auf Anschlussmöglichkeit der Kinder im Tageskindergarten. Er ist freiwillig und öffentlich. Die Schule soll eine in die Volksschule integrierte pädagogische Einrichtung zur Betreuung schulpflichtiger Kinder ausserhalb der Unterrichtszeiten sein. Das Alter der Kinder ist Primar, erste bis sechste Klasse. Die Anzahl Plätze wurde in der Kommission diskutiert. Man hat sich geeinigt auf 20 Plätze pro Klasse. Das ergibt maximal 120 Kinder bei einem Klassenzug. Es ist eine Mindestzahl von 15 Kinder vorgesehen, damit man die Tagesschule starten kann. Die Öffnungszeiten sind von Montag bis Freitag von 08.00 bis 18.00 Uhr. Das Mittagessen ist für alle verbindlich jeden Tag. An zwei Nachmittagen können die Eltern wählen, ob die Kinder nach 14.00 Uhr nach Hause kommen sollen. Man fixiert das während einem Semester. Mittagessen würden alle zusammen und bis 14.00 Uhr bleiben.

Schulferien. Es ist sieben Wochen geschlossen. Fünf Wochen gibt es also ein betreutes Angebot, zeitgleich mit dem Tageskindergarten. Zurzeit würde das heissen, eine Fasnachtswoche wäre offen, die vierte, fünfte und sechste Sommerferienwoche und eine Herbstferienwoche.

Zum Essen: Abklärungen haben ergeben, dass sich eine eigene Küche erst ab 250 Essen rentiert. Darum hat man entschieden, durch ein Catering das Essen liefern zu lassen. Das ist wesentlich kostengünstiger und wir haben ein entsprechendes Angebot vorliegen.

Elternbeiträge: Diese sind gemäss Vollkostenrechnung. Es gibt einen Verpflegungs- und einen Sockelbeitrag, der nicht subventioniert ist.

Zum Standort: Abklärungen haben ergeben, dass sich der Standort Schulhaus Gartenstrasse von den vorhandenen Möglichkeiten am besten für die Einrichtung einer Tagesschule eignet. Die Kinder würden im Gartenschulhaus in die Schule gehen und im Gymnastikraum, im Untergeschoss der Turn- und Konzerthalle, die von der Schule selten genutzt wird, wäre der Essraum. Verschiedene Räume stehen im Schulhaus und in der Turn- und Konzerthalle zur möglichen Nutzung zur Verfügung. Der Gymnastikraum könnte mit vertretbaren finanziellen Mitteln zum Essraum umgestaltet werden. Diese Investition als Sanierungsmassnahme wird Ihnen nachfolgend im Bericht dargestellt. Natürlich ist es keine optimale Lösung. Sie ist aber im Sinne eines Provisoriums ideal. Wir können wertvolle Erfahrungen sammeln, die im Rahmen des gemeinderätlichen Projekts Schulraumplanung, Schulhausneubauten, entsprechend berücksichtigt werden. Zudem würden wir mit maximal 20 Kinder starten und im Jahr 2015, bei voller Auslastung mit 80 Kinder, hoffentlich in neue Räumlichkeiten einziehen. Die Verantwortung liegt bei der Schulleitung Primarschule. Die Administration würde das Sekretariat BEK und Primarschule übernehmen. Es gibt ein pädagogisches Grobkonzept und einen Stundenplan, beides wurde dem Bericht beigelegt. Wir kommen zu den Kosten, dem Reglement und dem Subventionsschlüssel. Diese drei Punkte wird Ihnen Charlotte Weishaupt erläutern.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage, Herr Studer.

Josua Studer, parteilos: ich bin nicht so glücklich über den Ablauf hier. Wir haben die ganzen Unterlagen zugestellt erhalten, wir konnten alles lesen. Wir wurden eingeladen, Kontakt aufzunehmen, wenn es Fragen gibt. Ich finde es nicht nötig, wenn alles nochmals vorgetragen wird. Dieses Geschäft muss der Einwohnerrat behandeln und nicht der Zuschauerraum. Wir sollten in die Detailberatung gehen, sonst brauchen wir den ganzen Abend für dieses Geschäft.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Wir möchten die Kosten trotzdem gerne darstellen. Wir haben noch ein paar Zusatzinformationen, die Sie zum Teil noch nicht haben.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich bitte auch darum, dass vor allem die ergänzenden Informationen erläutert werden.

Charlotte Weishaupt: Wie es Franziska Pausa gesagt hat, sind wir damals, als wir den Bericht an Sie versendet haben, von fünf Klassen ausgegangen. Entsprechend haben wir die Berechnungen auf dieser Grundlage vorgenommen. In der Zwischenzeit haben wir, weil die Fraktionen auch darum gebeten haben, neue Berechnungen für sechs Primarschulklassen gemacht. Auf der Folie 3 stehen die gesamten Kosten für sechs Klassen. Man kann da erkennen, dass sich der Totalaufwand erhöht gegenüber fünf

Klassen, entsprechend erhöht sich auch der Ertrag. Die Differenz zulasten der Gemeinde, was an Subventionen ausgerichtet wird, ist neu CHF 269'660. Diese Grundlagen hatten Sie vorher nicht im Detail. Sie haben auf dem Tisch auch die neue Berechnung unter Berücksichtigung von Harnos mit sechs Jahren Primarschule. Wenn es jemand genau nachvollziehen möchte, ist es hier vorhanden. Man sieht dort vor allem den Unterschied bei Anzahl Betreuungspersonen, also bei den Lohnkosten. Entsprechend erhöht sich der Beitrag der Eltern und der Sachaufwand.

Bitte Folie 5: Auf das wurden wir auch angesprochen, wir sollten alle Betriebsjahre aufzeigen, wie viel an Kosten zusammen kommt. Auf der rechten Seite zulasten Gemeinde stehen pro Betriebsjahr die Kosten, die die Gemeinde tragen muss. Man sieht Betriebsjahr 1, Annahme 15 Kinder, zulasten Gemeinde CHF 78'080. Betriebsjahr 7, bei sechs Klassen Vollbelegung, 120 Kinder, zulasten Gemeinde CHF 269'660. Man sieht hier entsprechend den Anstieg und die drei Jahre, die Bundessubventionen, die wir als Anstossfinanzierung erhalten, dies ist hier bei den Erträgen aufgezeigt. Diese Berechnungen gehen alle von einer Belegung von 15 Kindern pro Klasse aus während der Anfangszeit.

Zum Reglement und zum Subventionsschlüssel. Sie haben ein zweites Papier auf dem Tisch, eine Synopse. Wir haben im Bericht in Aussicht gestellt, dass wir die Vorprüfung durch den Kanton machen lassen werden und hoffen, dass wir den Bescheid rechtzeitig zur Einwohnerratssitzung erhalten. Der Rechtsdienst der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion hat mit Vernehmlassung in anderen Direktionen und Fachstellen dieses Reglement vorgeprüft. Die Änderungen können Sie nachlesen. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass es sich grossmehrheitlich um formelle oder redaktionelle Änderungen handelt. Der Subventionsschlüssel hat keine Änderung erfahren, dieser ist durch die Hauptabteilung Finanzen, Steuern erarbeitet worden. Die erweiterte Projektgruppe hat diesen als gerecht und differenziert beurteilt. Er verläuft linear in 25 Stufen. Die Einkommensobergrenze wurde bei CHF 110'000 festgelegt, dies in Anlehnung an das zurzeit in Vernehmlassung befindliche FEB-Gesetz des Kantons. Wie Franziska Pausa es gesagt hat, werden die Kosten für Verpflegung und Sockelbeiträge nicht subventioniert, das heisst, dass alle Eltern diese Beiträge bezahlen.

Auf Folie 6 haben wir vier verschiedene Beispiele aufgezeigt, damit man eine Vorstellung hat, was dies effektiv ausmacht. Wir haben ein nicht-subventioniertes Angebot bei einem steuerbaren Einkommen bei CHF 110'001, 0.- Subvention. Die Eltern bezahlen im Jahr CHF 9'416, pro Monat sind das CHF 784.70. Dann haben wir zwei weitere Beispiele gemacht. Man kann klar erkennen, dass Verpflegung und Sockelbeitrag nicht subventioniert sind. Der Subventionssatz in Prozent bezieht sich auf den Tagesansatz. Bei einem Einkommen von CHF 75'920, steuerbar, ist der Elternbeitrag pro Monat CHF 595.95, pro Jahr CHF 7'151. Als letztes Beispiel haben wir bei einer maximalen Subvention von 90% einen Elternbeitrag von CHF 433.70, im Jahr CHF 5'204. Das ist das, wie sich der Betrag "zulasten Gemeinde" zusammensetzt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn das Eintreten in dieses Geschäft nicht bestritten ist, dann kommen wir zur Beratung.

Cedrik Roos, 1. Vizepräsident: Ich bitte die Votanten, sich frühzeitig zu melden, wegen der neuen Regelung, die wir heute einführen möchten.

Josua Studer, parteilos: Wie ich vorgängig bereits gesagt habe, hat unsere Frau Gemeinderätin zum ersten Mal ein Geschäft vertreten und hat die Möglichkeit gegeben, allen zuzuhören, die nicht bereit waren, sich in dieses Geschäft einzuarbeiten. In Paragraph 66 Abschnitt 1 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates steht, dass auf die Wiederholung des schriftlichen Berichts verzichtet werden soll. Dies gilt auch für die Kommissionssprecher.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Entschuldigung Josua Studer, Sie haben dies vorhin bereits ausgeführt und jetzt wurde es bereits eingeschränkt auf die ergänzenden Informationen. Bitte reden Sie zum Geschäft.

Josua Studer, parteilos: Ich bin verheiratet und darum es gewohnt, dass mir eine Frau dreinredet. Danke, dass Sie das auch tun. Es ist nicht so anständig, aber das ist egal. Es gehört zu meinem Votum, was ich hier sage. Es ist nicht das erste Mal, dass ich dies moniere, deswegen wollte ich es mit Nachdruck sagen. Kommen wir zum Geschäft. Wir konnten es alle lesen, wenn wir dies wollten. Wir konnten die Zahlen studieren. Es ist klar, wir haben keine andere Möglichkeit, als diesem Geschäft zuzustimmen, egal ob wir es gut finden oder nicht. Wir haben das zweite Jahr den Tageskindergarten und wir können nicht sagen, dass diese Kinder plötzlich keine Ganztagesbetreuung mehr geniessen können. Was die Kosten

anbelangt, haben wir auch keine Chance. Es ist die einzige Hoffnung, dass die Gemeinde so wenig wie möglich ausgibt, also nur das, was absolut nötig ist. Interessant finde ich die Bemerkung, dass der Sockelbetrag von den jeweiligen Eltern zu übernehmen ist. Grosses Fragezeichen bei den Sozialbezügern. Dort übernimmt es die Gemeinde, denn ein Sozialbezüger hat das Geld nicht, um einen Sockelbeitrag zu bezahlen. Diese Aussage ist darum nicht richtig. Man kann nicht sagen, dass es ein Kind von Sozialbezügern ist und deshalb darf es nicht in die Tagesschule. Wir werden automatisch zusätzliche Kosten haben. Ich werde diesem Geschäft widerwillig zustimmen und danke allen, die dies vorbereitet haben. Ich hoffe, dass es anständig genutzt wird.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich spreche im Namen der SP/EVP-Fraktion. Wir haben gar keinen Widerwillen gegen dieses Geschäft. Wir finden es eine gute Sache. Wir haben es mit Interesse diskutiert und ich selber war in diesem erweiterten Projektteam dabei und es war ein sehr tolles Arbeiten. Wir und die Verwaltung haben unter Zeitdruck eine sehr gute Sache geleistet. Inhaltlich finden wir die Tagesschule so, wie sie hier auf dem Papier steht, sehr attraktiv. Sie ergänzt das Angebot und es geht nicht um Ausschlusslichkeit, dass man die Kinder weniger betreuen soll. Es soll einem Bedürfnis der heutigen Gesellschaft entsprechen. Es gibt heute sehr viele Alleinerziehende, mehr als vor 20 Jahren, die sehr auf ein solches Angebot angewiesen sind. Es gibt viel wenig Verdienende, die auf einen Doppelverdienst angewiesen sind, hier denke ich vor allem an die ausländischen Familien. Es gibt auch viel mehr gut ausgebildete Frauen, die neben der Familie ihren Berufsweg weitergehen möchten. Wenn wir diesen eine Möglichkeit schaffen, am Ball zu bleiben, dann machen wir auch etwas für die Investition, die wir in ihre Ausbildung gesteckt haben. Dies nützt der Gesellschaft. Wir finden es ein günstiges Angebot, auch mit dem Sockelbeitrag. Das ist eine gute Idee, denn Kinderbetreuung soll nicht gratis sein. Das ist der Grundsatz, der hinter dem Sockelbeitrag steckt, und dass auch das Essen nicht subventioniert wird. Wenn etwas kostet, dann wird es auch wertgeschätzt. Es ist auch eine richtige Überlegung, dass das Angebot für mittlere und obere Einkommen ein bisschen subventioniert wird. Nur so kommen wir auf eine gute Durchmischung der Elternschaft. Wenn wir zu teuer werden, dann springen die besser verdienenden Eltern ab auf andere private Lösungen. Wir finden es attraktiv, dass fünf Wochen Ferien in diesem Angebot drin sind und wir finden es toll, dass es jetzt klappt mit dem Anschluss. Ich habe gehört, dass von den zehn Kindern, die jetzt im Tageskindergarten sind, alle Interesse angemeldet haben, dass sie ihre Kinder gerne in die Tagesschule schicken möchten. Die SP/EVP-Fraktion folgt diesen Anträgen.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende. Zuerst möchte ich meinen Dank an den Gemeinderat aussprechen, der die Einführung einer Tagesschule in seinen strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplan aufgenommen hat, nachdem der Einwohnerrat in der letzten Legislatur der Einführung dieser Tagesschule nicht zugestimmt hat. Mein Dank geht an Gemeinderäte Heinz Giger und Franziska Pausa, und vor allem auch an Charlotte Weishaupt, die das ausführliche und sehr gute Papier zustandegebracht haben. Nach dem Motte, was lange währt, wird hoffentlich gut, bin ich heute zuversichtlich, dass dieses Postulat, das ich 2006 eingereicht habe, jetzt endlich zur Umsetzung kommt. Die Voraussetzungen sind heute andere als vor 4,5 Jahren. Wie wir gehört haben, ist der Tageskindergarten in Betrieb und bereits im zweiten Betriebsjahr ist er ausgelastet. Das Interesse der Eltern ist sehr gross für ein weiterführendes Angebot. Es kann nicht sein, dass nach zwei Jahren Schluss ist und es nicht weiter geht. Es ist nicht der geeignete Zeitpunkt, die verschiedenen Lebensmodelle gegeneinander auszuspielen. Das steht auch im Bericht sehr gut. Die Aufgabe der Politik ist es, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Voraussetzungen haben, damit sie das für sie geeignete Lebensmodell aussuchen können. Die Zeiten haben sich geändert. Es gibt heute viele geschiedene Ehen, in der Schweiz rund 50%. Es gibt somit viele Alleinerziehende. Wenn der erziehende Elternteil nicht von der Sozialhilfe abhängig werden möchte, dann muss er arbeiten. Oft wird die gute Betreuung der Kinder zu einem sehr grossen Problem. Viele Frauen haben heute einen sehr guten Abschluss. Es wäre herausgeworfenes Humankapital, wenn diese Frauen nach ihrer langen und sehr teuren Ausbildung ihre erworbenen Qualifikationen nicht zur Anwendung bringen könnten. Das führt zu einem Karriereknick mit den Folgen, dass weniger Steuereinnahmen zu verzeichnen sind und dass die berufliche Chancengleichheit der Frauen nicht gewährt werden kann. Die weiteren Argumente habe ich immer wieder erwähnt. Die Kinder werden den ganzen Tag professionell betreut und sie hängen nicht irgendwo herum. Sie haben eine Aufgabenhilfe, sie haben eine gesunde Ernährung, sie werden animiert zu einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung und die Sozialkompetenzen können gestärkt werden, das ist vor allem wichtig bei Einzelkindern. Die Chancengleichheit der ausländischen Kinder, die vor allem aus bildungsfernen Haushalten stammen, kann verbessert werden. Sie erlernen in einer Tagesstruktur die schweizerischen Gepflogenheiten. Die Gemeinde Allschwil würde an Attraktivität gewinnen. Zum Schluss möchte ich anmerken, dass jeder investierte Franken, der in eine familienergänzende Institution fliesst, in

Form von drei bis vier Franken zurück in die Wirtschaft fliesst. Somit ist die Einführung einer Tagesschule für alle Betroffenen einen Win-win-Situation.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Ratsmitglieder. Auch wenn wir heute erfahren haben, dass das Projekt Tagesschule ein bisschen teurer kommt, als ursprünglich angenommen, und ich vielleicht den Ruf eines Sparfuchses habe, schliesst sich die CVP-Fraktion dem Projekt Tagesschule an und spricht sich für die Einführung aus. In einer modernen Gemeinde wie Allschwil kann in der heutigen Zeit nicht auf eine Tagesschule verzichtet werden. Dies gehört zum Standard. Wir haben bereits einen Tageskindergarten, der im nächsten Sommer ausläuft. Wir dürfen hier nicht auf dem halben Weg stehen bleiben, das Angebot muss auf die Tagesschule erweitert werden.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzte Präsidentin. Wir Grünen finden das eine gute Idee. Es gibt zwar noch offene Fragen, aber man muss mit einem Projekt einmal anfangen, und dann gibt es noch Berichtigungen und Veränderungen. Ich kann mich meinen Vorrednerinnen und meinem Vorredner anschliessen und möchte nichts wiederholen. Ich möchte aber noch auf etwas hinweisen, auf das ich noch keine Antwort erhalten habe. Es fällt auf, dass man nur mit maximal 20 Schülerinnen und Schüler rechnet bzw. plafoniert. In den normalen Klassen sind mehr Schüler und Schülerinnen. Hier setze ich ein grosses Fragezeichen. Ich möchte wissen, warum. Wenn es 24 wären, würde es die Gemeinde weniger kosten. Das sind Vorgaben vom Amt für Volksschulen, meine ich, das habe ich aber nicht bestätigen lassen.

Eine andere offene Frage ist, was mit Kindergartenkindern passiert, die in eine Einführungs-klasse müssen. Können die auch in die Tagesschule oder gibt es da Varianten? Das sind meine zwei offenen Fragen.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Sehr verehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte denen, die sich an diesem Projekt gearbeitet haben, ein dickes Kompliment machen. Hier wurde sehr gute Arbeit geliefert. Insbesondere Charlotte Weishaupt und Franziska Pausa, die uns persönlich die Gelegenheit gegeben haben, in der Fraktionssitzung Fragen zu diesem Projekt zu stellen, das kam bei uns sehr gut an und das hat dazu geführt, dass wir uns ein gutes Bild zu diesem Konzept machen konnten.

Die SVP-Fraktion erkennt die Bedeutung von Tagesstrukturen im Primarschulbereich. Die steigende Nachfrage nach Tagesbetreuung im Kindergarten bestätigt diese Tendenz. Die Attraktivität von der Einwohnergemeinde Allschwil für Zuzüger wird mit diesen Angeboten positiv mitbestimmt. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Alleinerziehende oder Elternpaare, die auf einen Zweitverdienst angewiesen sind, auf solche Dienstleistungen angewiesen sind. Das erleben wir auch in unserer eigenen Familie. Wir nehmen zustimmend Kenntnis, dass mit diesem Ansatz die unterschiedlichen Lebensmodelle nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen. Die SVP steht für traditionelle Familienstrukturen ein, das wissen wir alle. Sie ist deswegen aber nicht grundsätzlich gegen dieses Projekt. Wir haben Vorbehalte zur Umsetzung, insbesondere zum vorgesehenen Standort Gartenschulhaus. Das Raumangebot und die Infrastrukturkapazität werden für zwei bis drei Klassen den Anforderungen und Erwartungen unserer Meinung nach genügen. Bei 80 bis 100 Kinder in fünf Klassen sind wir der Ansicht, dass Verpflegungs- und Freizeiteinrichtungen zu begrenzt sind und zu Grenzbelastungen beim betreuenden Personal führen werden. Die Frage muss erlaubt sein, was mit der Musikschule passiert, die mit diesem Projekt an einen anderen Standort umziehen muss. Darauf haben wir keine Antwort erhalten. Wir vermissen alternative Handlungsoptionen zur Einschätzung von Vor- und Nachteilen und kommen zum Schluss, dass die per August 2011 geplante Einführung zu früh kommt. Die Fraktion kann diesem Vorhaben deshalb nur unter Vorbehalt zustimmen und wird sich der Stimme enthalten.

Markus Gruber, FDP/GLP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Auch bei der FDP/GLP-Fraktion war die Notwendigkeit und das Bedürfnis einer Tagesschule unbestritten. Ich möchte nicht mehr ins Detail gehen, meine Vorredner haben schon vieles gesagt. Die Fraktion hat sich anfänglich mehr Transparenz gewünscht bezüglich der Kosten. Wir danken Charlotte Weishaupt für die weitergehenden Ausführungen, die unsere Fragen weitgehend beantwortet haben. Wir regen an, dass das Projektteam, das hier gearbeitet hat, weiter geführt wird als begleitende Kommission und bei der Implementierung der Tagesschulen mitwirkt. Wir unterstützen die Tagesschulen und empfehlen die Anträge zur Annahme. Wir danken dem Projektteam ausdrücklich für die gute Arbeit.

Josua Studer, parteilos: Haben Sie das gehört? Die SVP hat Verständnis für Tagesstrukturen. Als wir hier drin den Tageskindergarten behandelt haben, war die SVP dagegen. Sie haben ihre Fahne nun nicht anders aufgehängt, aber es sind hier andere Leute am Tisch. Die SVP Allschwil hat sich gewandelt. Komisch ist, dass die SVP Schweiz und die SVP Baselland gegen solche Tagesstrukturen ist. An einem der letzten Parteitage von Baselland hat der Parteipräsident klar und deutlich gesagt, man soll dagegen sein. Da waren auch Mitglieder der SVP Allschwil anwesend. Ich bin erstaunt, dass Sie den Namen SVP tragen, so wie Sie heute Politik machen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir haben heute Abend noch zwei dringliche Motionen zu behandeln und wir haben jetzt wieder gehört, dass hier Privatduelle stattfinden. Es wurde im AWB angekündigt und ich möchte anregen, dass wir dies in Zukunft sofort unterbrechen und nur noch zum Thema votiert wird.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Bei mir kommt jetzt auch noch ein bisschen Partei-Couleur dazu. Als EVP-Mitglied bin ich nicht ganz so begeistert von der Tagesschule wie meine Kollegen der SP. Das macht aber nichts, wir können damit leben. Gesamtheitlich sind die Meinungen hier schlüssig. Wir haben mit einem Tageskindergarten angefangen und wir machen nun weiter. Es ist ein Schmalspurzug, den wir mit einer Klasse durch alle Altersstufen hindurch fahren. Wir werden Erfahrungen sammeln und schauen, was es bringt, was wir noch brauchen und was es kostet. Wir werden von Zeit zu Zeit hier nochmals revidieren und verbessern können, das ist der Sinn eines Projekts.

Ein paar persönliche Gedanken habe ich. Ich habe viel Verständnis dafür, wenn Menschen mit wenig Einkommen zu zweit arbeiten müssen, und dass man diese subventioniert. Ich verstehe, dass man auch Leute mit viel Einkommen subventioniert, damit sie dabei bleiben, wegen der Durchmischung. Auf der anderen Seite verstehe ich es trotzdem nicht. Wenn jemand über CHF 110'000 steuerbares Einkommen nach Abzügen hat, dann müsste man nicht mehr subventionieren. Da habe ich ein persönliches Fragezeichen. Ich weiss auch, dass es mit dem kantonalen Schlüssel abgeglichen ist, aber ich bin nicht sehr glücklich über diesen Punkt. Es hiess, dass man Modelle nicht gegeneinander ausspielen soll. Mein Modell, welches ich mit meiner Frau zusammen habe, ist, dass wir die Kinder selber betreuen und irgendwie schauen, dass es geht. Wie soll jemand verstehen, der seine Kinder selber betreut und die pädagogische Arbeit selber übernimmt, dass er keine Subvention zugute hat. Unlogisch ist diese Frage nicht. Wenn wir diese Sachen nicht gegeneinander ausspielen, dann müssen wir das auch berücksichtigen und dies anschauen. Es gibt eine Benachteiligung und was machen wir nun damit.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte kurz auf das Votum der SVP-Fraktion zurückkommen, die gesagt hat, dass der Zeitpunkt August 2011 zu früh sei. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Tageskindergarten dann ausläuft und fortgesetzt werden muss. Darum finden wir den Zeitpunkt ideal und nicht zu früh. Wir haben im Prinzip gar keine andere Möglichkeit, als die Tagesschule auf diesen Zeitpunkt einzuführen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann kommen wir zur abschnittswisen Beratung des Berichts.

Rolf Adam, 2. Vizepräsident:

1 Ausgangslage

2 Einführung

3 Umsetzung der Strategie des Gemeinderates

3.1 Projektauftrag des Gemeinderates

3.2 Bedarfsabklärung

3.3 Eckwerte

3.4 Raumbedarf und Standortwahl

3.5 Pädagogisches Grobkonzept und Stundeplan

3.6 Kosten (Schätzung)

3.6.1 Raumkosten/Investition

3.6.2 Jährlich wiederkehrende Kosten (Betrieb)

3.6.3 Reglement der Subventionsschlüssel

3.6.4 Anstossfinanzierung des Bundes

4 Terminplan weiteres Vorgehen

5 Zusammenfassung

6 Anträge

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Abstimmung.

1. Der Einwohnerrat stimmt der Einführung der freiwilligen öffentlichen Tagesschule auf Primarstufe per Beginn des Schuljahres 2011/2012 zu.

://:

Dem Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen zugestimmt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zum zweiten Antrag:

2. Die jährlich wiederkehrenden Brutto-Betriebskosten für einen Klassenzug in Höhe von maximal CHF 1'130'200, Stand 2010, werden bewilligt.

Josua Studer, parteilos: Ich habe hier noch eine Frage. Es wurde eine Frage in den Raum gestellt wegen der Klassengrösse. Es wäre gut, wenn wir dies zuerst beantworten und danach über diesen Antragspunkt abstimmen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Da gebe ich Ihnen recht. Darf ich das Wort an Franziska Pausa geben?

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich danke Josua Studer, denn ich war unsicher, ob ich mein Kärtchen nochmals aufstrecken darf. Ich bin froh, wenn diese Frage beantwortet wird. Ich habe sie bereits Charlotte Weishaupt gestellt, als sie in die Fraktionen kam. Sie konnte da nicht konkret antworten und hat mir gesagt, dass sie sich dazu noch informiert. Und dann habe ich auch noch gefragt, was mit den Kindergartenkindern passiert, die jetzt im Tageskindergarten sind, ob es dazu Lösungen gibt.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Wie ich gesagt habe, geht es um 20 Plätze. Eine Klasse kann bis zu 26 Kinder haben. Es geht um 20 Tagesschulplätze. Das wurde in der Kommission so behandelt, dass man gedacht hat, dass diese Kinder mehr beansprucht werden. Wenn sie einen ganzen Tag am gleichen Ort sind, dann werden sie auch viel müder. Man hat gesagt 20 Plätze, plus, wenn nötig, dass man dann die Klasse auffüllt, mit anderen Kindern. Die Richtzahl pro Klasse ist 22, 22 bis 26. 22 ist die Richtgrösse für Primarklassen. Wir haben ein Modell geschrieben, was es kosten würde, wenn man das Ganze mit einem Klassenzug von 22 Kindern, sechs Jahre, berechnet. Charlotte Weishaupt legt diese Folie auf.

Charlotte Weishaupt: Die Gesamtkosten im Aufwand erhöhen sich bei 132 Kinder, das wäre das Total bei 22 Kindern pro Klasse, auf CHF 1'232'200, also kein wahnsinniger Betrag. Entsprechend erhöht sich der Ertrag auf CHF 946'600, das heisst, dass die Differenz zulasten der Gemeinde bei 132 Kindern CHF

285'600 beträgt. Wenn es mehr Kinder sind, werden auch die Subventionen höher. Bei 120 Kinder gehen zulasten der Gemeinde CHF 269'600, bei 132 Kindern CHF 285'600.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ist das eine Antwort?

Bei der Einführungsstufe geht das erste Primarschuljahr zwei Jahre lang. Folglich geht das für eine Tagesschule nicht. Wenn sich die Tagesschule gesamtheitlich ausbreiten würde, dann müsste man da eine Lösung suchen.

Simon Zimmerman, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion hat auch eine Frage gestellt. Was passiert mit der jetzigen Musikschule? Ich habe gehört, es gäbe im Gymnastikraum noch andere Sportvereine. Was passiert mit denen?

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Von der Musikschule wird ein Zimmer genutzt. Wenn das zweite Zimmer auch noch genutzt wird, dann ist es nicht komplett ausgelastet. Musikunterricht findet während der Schulzeit statt. In dieser Zeit sind die anderen Kinder der Tagesschule in der Schule. Es steht noch nicht fest, wie wir das genau machen. Diese Räume sind nicht bereits an die Tagesschule abgegeben. Es gibt Möglichkeiten, die wir erarbeiten möchten. Beim Gartenschulhaus und der Turn- und Konzerthalle ist der einzige Ort, wo verschiedene Räume genutzt werden können. Es ist noch nichts fest, dass die Musikschule raus müsste, es steht nicht fest, dass die Sportler rausmüssen. Das werden wir aushandeln. Das steht noch nicht fest, das sind Möglichkeiten.

Josua Studer, parteilos: Ich habe noch eine Frage zum Antrag 2. Könnte den man nicht ausbauen? Wir können ihn grundsätzlich so beschliessen, aber anfügen, dass es nicht fixiert ist auf 20, sondern dass man eine Erhöhung der Klassen machen könnte. Dass dementsprechend die Kosten höher werden, ist logisch, aber auf der Basis, die wir kennen. Sonst sind wir fix bei 20 und haben keine Möglichkeit eine 22er-Klasse zu machen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Josua Studer, haben Sie einen Vorschlag für eine Antragsformulierung?

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich war im erweiterten Projektteam. So wie ich weiss, hat man gesagt, dass man bei 20 Schülern pro Klasse bleibt, wegen den pädagogischen Leuten, die da arbeiten. Vom Kanton gibt es die Vorgabe, dass pro Person 10 Kinder betreut werden. Damit wir mit den Stellen gut klarkommen, hat man gesagt, dass man 20 Schüler nimmt und für diese 20 Schüler 2 Personen anstellt. Das ist eine Vorgabe des Kantons. So gesehen ist es für mich klar, dass die Tagesschule mit 20 Tagesschülern fährt. Wenn Bedarf für zusätzliche Schüler da ist, dann sind das nicht Tagesschüler, sondern normale Schüler.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es noch weitere Wortbegehren? Gut, dann kommen wir zur Abstimmung über die wiederkehrenden Kosten. Hier haben wir den Antrag des Gemeinderates:

2. Die jährlich wiederkehrenden Brutto-Betriebskosten für einen Klassenzug in Höhe von maximal CHF 1'130'200 (Stand 2010) werden bewilligt.

Es gibt einen zweiten Antrag von Josua Studer, wo der erste Satz genau gleich ist, aber ergänzt durch einen zweiten Satz, der lautet:

Bei Bedarf können auch grössere Klassen gebildet werden. Die Kosten steigen entsprechend der vorgelegten Zahlen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Jetzt muss der Pädagoge nach Vorne kommen. Der Antrag hat keine Plafonierung, das kann nicht sein. Ich habe mit 33 Kindern anno 1972 gearbeitet. Das ist heute nicht mehr möglich. Josua Studer, du musst ein Dach setzen. Sind das 25 oder 26, obenauf unmöglich. Wenn du es machst, dann mache es doch hier grad rein.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte darauf hinweisen, dass der Zusatzantrag, so wie er jetzt ist, sehr unbestimmt formuliert ist. Bei Bedarf steigen die Zahlen nach den Vorgaben etc, da würden wir heute eine Blankoscheck ausstellen, das finde ich nicht optimal.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Liebe Anwesende, ich möchte es nicht künstlich in die Länge ziehen. Jetzt wurde uns eben erklärt, warum die 20 fix im Bericht stehen. Es geht um die Betreuungsperson je 10 Schüler. Es wurde erklärt und begründet, das reicht.

Cedrik Roos, 1. Vizepräsident: Möchte der Gemeinderat eine Stellungnahme dazu abgeben?

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das Thema haben wir diskutiert. Wir hatten ursprünglich eine andere Formulierung des Antrags, wo die Klassen, Anzahl Klassen und Anzahl Kinder pro Klasse drin waren. Wir haben das rausgenommen und nur noch von einem Klassenzug geredet. So haben wir im Beschluss nicht mehr fünf Klassen und 20 Kinder drin. Wenn wir davon ausgehen, dass man auch 22 Kinder ermöglichen möchte, dann sähe ich einen Vorschlag. Wir setzen die Zahl ein für 22 Kinder und formulieren das als obersten Plafond. Es würde dann heissen:

Die jährlich wiederkehrenden Brutto-Betriebskosten für einen Klassenzug in Höhe von maximal CHF 1'232'300 (Stand 2010) werden bewilligt.

Dann haben wir einen Maximalbetrag und dann ist es möglich, ob sich 20 oder 22 Kinder pro Klassen durchsetzen können. Dann haben wir auch keine Probleme mit den Beträgen. Das wäre eine Variante.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Geschätzte Anwesende, ich mag mich erinnern, denn ich habe das angesprochen, diese 10 Kinder pro Betreuungsperson sind eine Empfehlung des Kantons. Es kann auch mal ein elftes oder ein zwölftes Kind dazu kommen. Es ist kein Muss.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich frage den Gemeinderat an, ob er seinen Antrag ändern möchte. Der Gemeinderat ändert seinen Antrag, so wie Anton Lauber es ausgeführt hat. Wenn ich Josua Studer richtig verstanden habe, dann zieht er seinen Ergänzungsantrag zurück. Somit kommen wir nun zur Abstimmung des zweiten Antrags, der lautet:

2. Die jährlichen wiederkehrenden Brutto-Betriebskosten für einen Klassenzug in Höhe von maximal CHF 1'232'200 (Stand 2010) werden bewilligt.

://:

Dem Antrag wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen zugestimmt.

Wir kommen zu Antrag 3:

3. Für das Bereitstellen (Renovationsarbeiten) der Räumlichkeiten für Mittagessen und Betreuung wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 100'000 bewilligt.

://:

Dem Antrag wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen zugestimmt.

Wir kommen zu Antrag 4, dieser ist nicht so wie hier auf der Folie. Er lautet:

4. Das Reglement über Gemeindebeiträge an die schulergänzenden Betreuungsangebote der Gemeinde Allschwil und der Subventionsschlüssel vom .. ist in einer Lesung zu behandeln.

://:

Dem Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen zugestimmt.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Nur ein kleines Detail. Ich würde schreiben „sind“ an einer Lesung zu behandeln, nicht „ist“. Es sind zwei Sachen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gut, dann kommen wir zu Antrag 5.

5. Das Reglement über Gemeindebeiträge an die schulergänzenden Betreuungsangebote der Gemeinde Allschwil und der Subventionsschlüssel von ... werden genehmigt.

://:

Dem Antrag wird mit 27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen zugestimmt.

Josua Studer, parteilos: Ich bin auch für speditive Geschäftsbehandlung, wenn es möglich ist. Hier bin ich etwas überrumpelt und anscheinend nicht alleine. Anscheinend wissen einige mehr und haben kein Problem damit. Ich bitte darum, bevor wir über einen Antrag abstimmen, bitte detaillierter sagen, um was es geht und warum wir auf etwas kommen. Pünktli Pünktli ist nicht ideal, wenn wir eine Folie haben und dann sollte man darüber abstimmen. Ich bitte künftig um mehr Details.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Schlussabstimmung über dieses Geschäft.

://:

Der Antrag wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

PAUSE

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir fahren mit der Sitzung fort und ich gebe das Wort Hans-Peter Tschui für eine kurze Erklärung.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren. Dass das Ratsmitglied Josua Studer andere Meinungen schwer oder nicht aushalten kann, ist in diesem Gremium sattsam bekannt. Dass mit diesem Unvermögen der Einwohnerrat für parteipolitische Abrechnungen instrumentalisiert wird, kann nicht hingenommen werden. Die SVP-Fraktion verwahrt sich in aller Form gegen die der Würde von diesem Rat zuwiderlaufenden Auswüchse.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Josua Studer, Sie haben vor der Pause Ihr Statement abgegeben. Ich erteile das Wort Gemeindepräsident Anton Lauber.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren. Wie Sie alle wissen, sind Sie persönlich alle orientiert worden über einen Vorfall in der Gemeinde Allschwil. Es geht um den Betrugsfall, der in der Gemeindeverwaltung aufgedeckt werden konnte. Sie wurden am Montag vor einer Woche darüber orientiert. Die Ereignisse haben sich überschlagen. Drei, eine interne Person und zwei externe Personen, haben miteinander einen Betrugsfall durchgezogen in der Gemeinde. Die eine Person war am Donnerstag geständig und am Freitag der Mitarbeitende der Gemeinde, was zur fristlosen Kündigung geführt hat und am Montag zur Information der Öffentlichkeit. Wir haben von Anfang an die Strategie verfolgt, das Thema klar aufzuarbeiten und die Öffentlichkeit entsprechend zu orientieren. Am Montagmorgen sind als erstes die Präsidien der GPK und der FIREKO orientiert worden, dann die Mitarbeitenden der Gemeinde Allschwil, da es doch ein Kollege war, mit dem sie gearbeitet haben, so konnten sie das von uns erfahren. Als nächster Schritt wurden die Medien orientiert und alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen. Das war die Thematik bis dahin. Wir haben dann erfahren, dass der betreffende IT-Leiter eine Selbstanzeige deponiert hat, beim Statthalteramt Arlesheim. So wurde der erste Schritt gemacht. Die Frage war, was passiert mit den zwei Personen, die mit ihm zusammengewirkt haben. Das habe ich bis jetzt noch nicht kommunizieren können und wurde von den Medien auch nicht mehr darauf angesprochen. Heute vor einer Woche hat der Gemeinderat beschossen, dass gegen den

IT-Leiter Strafanzeige eingereicht wird, und gleichzeitig auch gegen die beiden extern Mitbeteiligten. Intern wurden auf der Gemeinde alle Massnahmen ergriffen, die ergriffen werden mussten. Wir haben die ersten und wichtigsten Schritte in die Wege geleitet. Die Stelle ist nicht besetzt, es ist eine Schlüsselstelle der Gemeinde. Dies hat den Gemeinderat dazu bewogen, die Stelle so rasch wie möglich zu besetzen. Wenn jemand die Stelle neu anfangen soll, dann muss die Thematik aufgearbeitet werden. Wir hatten heute eine Sitzung mit dem Präsident der FIREKO, Hans-Peter Tschui, und wir haben erörtert, wie wir das Thema angehen wollen. Man ist sich einig, dass eine Vertiefungsrevision stattfindet im IT-Bereich, wo es darum geht, die bestehenden Verträge und die bestehenden Abläufe zu kontrollieren. So kann eine klare Ausgangslage geschaffen werden für einen Neustart, wenn der neue Mitarbeitende auf der Gemeinde anfängt. Damit haben wir eine klare Basis für das weitere Vorgehen. Diese Prüfung wird am 10. und 11. November 2010 stattfinden und wird begleitet werden von der BDO Visura, so dass wir sagen können, dass wir die Thematik aufgearbeitet haben. Weitere Details kann ich nicht sagen, weil sie mir nicht bekannt sind. Ich wurde auf Zahlen angesprochen. Ich möchte keine Zahlen nennen, weil ich sie bis jetzt noch nirgends bestätigt gesehen habe. Der Mitarbeitende hat eine Selbstanzeige gemacht und er bemüht sich um Rückzahlung dieser Beträge. Da haben wir vernommen, dass Varianten vorliegen, die wir miteinander diskutieren können, und dass ein rechter Anteil in die Gemeindekasse zurückkommen wird. Da stehen wir ganz am Anfang, ich wollte Sie darüber orientieren, denn dies ist für den Mitarbeitenden von Bedeutung, dass wir dies zur Kenntnis nehmen. Das sind die ersten Erläuterungen, wo ich meine, dass es wichtig ist, den Einwohnerrat direkt zu orientieren.

Josua Studer, parteilos: Ich habe einen Antrag. Wir haben eine Traktandenliste mit nummerierten Punkten. Nach dem Traktandum 11 steht nach der Pause, ohne jegliche Zahl, "Präsentation Steuermonitoring". Ich erachte, dass dies nicht ein Traktandenpunkt ist, an den wir uns halten müssen. Wir haben heute Abend beschlossen, dass wir ein Traktandum vorziehen von Siro Imber. Ich beantrage, dass wir die Information Steuermonitoring verschieben und auf der Traktandenliste mit dem eingeschobenen Punkt 10 weiterfahren.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Sie wollen eine Änderung der Traktandenliste beantragen? Wir vom Büro bleiben bei unserer Traktandenliste. Wir haben einen Antrag von Josua Studer auf Traktandenänderung. Darüber stimmen wir ab. Es braucht eine Zweidrittelsmehrheit.

://:

Der Antrag von Josua Studer auf Absetzung des Steuermonitorings von der Traktandenliste wird mit 2 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Damit kommen wir zur Präsentation des Steuermonitorings, ich gebe das Wort Gemeinderätin Nicole Nüssli.

[Gemeinderätin Nicole Nüssli macht Ausführungen zum Steuermonitoring.]

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich danke für die Präsentation.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe die Finanzchefin mehrmals geplagt hier drin. Ich habe sie unter Druck gesetzt, aber jetzt ist der Moment da, um Danke zu sagen. Das, was hier vorgelegt wurde, ist hervorragend. Auch ein Dank geht an die Finanzabteilung. Es ist erstaunlich, was hier geleistet werden musste. Ich bitte darum, mit diesen Statistiken weiterzufahren. Vielleicht nicht so, wie Sie es gemacht haben, sondern dass wir jetzt diesem Programmanbieter den nötigen Druck aufsetzen, damit diese ein Programm entwickeln, wo wir die Daten EDV-mässig sortieren können und wir nicht 13'000 Zeilen aufbereiten müssen.

Noch eine inhaltliche Bemerkung. Ich bin froh, dass diese Auswertung so herausgekommen ist. Ich lese daraus heraus, dass wir bei den natürlichen Personen, die den grössten Teil ausmachen von unseren Steuereinnahmen, zwei Drittel als nachhaltig anschauen können. Bei den zwei Dritteln können wir auch mit guten Steuereinnahmen in Zukunft rechnen. Die juristischen Personen machen mir ein bisschen Sorgen. Diejenigen, die über CHF 1'000'000 pro Jahr zahlen, sind ein Klumpenrisiko. Der Hintergrund, weshalb ich diese Auswertungen verlangt habe, ist genau das, damit wir sehen, wo unsere Gefahren liegen. Unsere Gefahr liegt bei den Steuerzahlenden über CHF 1'000'000, zu diesen sollten wir Sorge tragen und sie pflegen. Danke für den grossen Einsatz.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Auch ich möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen Danke zu sagen. Ich war auch einer von denen, die jedes Jahr etwas gefragt haben. Ich schliesse mich Kurt Kneier an und bedanke mich.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir fahren mit dringlichen Motionen weiter. Wir kommen zur dringlichen Motion betreffend Postagentur im Gebiet Lindenplatz, eingereicht von Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Wir wissen, dass die Poststelle am Lindenplatz vor Jahren zugegangen ist mit der Argumentation, dass man an der Wanderstrasse, am Burgfelderplatz und am Luzernerring weitere Poststellen hat. Mittlerweile wissen wir, dass es die Post an der Wanderstrasse nicht mehr gibt. Wir wissen, dass es die Post am Luzernerring nicht mehr gibt, diese ist eine Agentur geworden. Wir hatten eine Petition von linker Seite. Ich fand das den falschen Weg. Eine Petition ist eine Bitte, aber wir müssen fordern, wir möchten etwas. Als die Poststelle zugegangen ist, hat der Gemeinderat von der Post gefordert, hat aber zu wenig Unterstützung bekommen. Damals war der grosse Kahlschlag der Poststellen. Mittlerweile ist dies ein bisschen eingedämmt, da es die Agenturen gibt. Hätte es dieses Modell damals gegeben, wäre wahrscheinlich eine Agentur entstanden. Die Post war bei uns, wir waren alle sehr glücklich – das sage ich ironisch – und wir hatten viel Vertrauen, dass die Post mit dem Gemeinderat Gespräche führt. In einer folgenden Sitzung wurde der Gemeinderat von Gabi Huschke gefragt, ob er bei seiner Meinung bleibt, dass er zwei Poststellen will. Schon damals habe ich gedacht, dass dies ein gefährlicher Weg ist. Die Post kann dann einfach Nein sagen, weil sie deutlich gesagt haben, dass sie das nicht wollen. Man muss Gegendruck machen. Die Post hat super reagiert, sie hat einfach gesagt, dass sie es vergessen und stornieren. So jedenfalls wurde es uns und der Bevölkerung kommuniziert. Jetzt müssen wir Gegensteuer geben, deshalb mein Wunsch, dass der Gemeinderat selbst oder eine Spezialkommission die Bedürfnisse und Möglichkeiten abklärt und dass wir dann zur Post gehen und ihnen eine Möglichkeit bietet. Die Post selber hat gesagt, dass sie erst zu den Geschäften geht, wenn sie weiss, ob wir einverstanden sind mit ihrer Idee. So lange möchten wir nicht warten. Es gab den Schriftverkehr von Seiten SP, dass sie die Dringlichkeit möchten, damit man es behandeln und dann grad auf die Seite schiessen kann. Ich finde das den falschen Weg. Sie meinen, die Post müsse schauen. Die Post will aber gar nicht schauen. Wenn, dann kommen sie uns entgegen, das heisst, dass wir aktiv werden müssen. Wenn wir jetzt zu den Geschäften gehen am Lindenplatz, dann wird der eine oder andere Nein sagen, davon bin ich überzeugt. Wenn wir aber eine Lösung anbieten, irgendwo neben dem Lindenplatz, dann möchte dann plötzlich am Lindenplatz jeder die Agentur machen. Das ist ein Effekt, den man immer wieder sieht. Der Gemeindepräsident Anton Lauber hat gesagt, dass die Geschäfte teilweise gar nicht wissen, was auf sie zukommt. Das ist nicht richtig. Es gibt extra einen grossen Teil auf der Website der Post, wo man sich informieren kann. Man kann alles ausdrucken und die Möglichkeiten anschauen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, eine Agentur anzuschauen. Es ist keine grosse Sache, dies zu installieren. Es braucht nicht so viel Platz und wir hätten dann etwas. Nur wenn wir das machen, dann können wir etwas bewirken. Ich habe noch eine Folie, die ich gerne auflegen würde. Ich bin bereits aktiv geworden, gezwungenermassen, als ich mit jemandem dies diskutiert habe, was er davon hält. Vielleicht kennt jemand dieses Gebäude, ich habe im Photoshop etwas nachgeholfen. Das ist an der Spitzwaldstrasse, das liegt genau zwischen dem Elcopark und der Sandwegüberbauung. Das sind die grossen Gebiete, die momentan einen Bedarf haben, und die neu dazu gekommen sind als nur der Lindenplatz. Sie können sagen, dass dies halt nicht ganz am ÖV liegt, obwohl dort auch ein Bus durchfährt, aber man bietet in Wegdistanz etwas an. Das ist die Firma Texxet Viani die die Möglichkeit hätte, so eine Agentur zu machen. Er hat Erfahrungen, weil er schon diverse Agenturen beschriftet hat. Seine Frau ist eine ehemalige ausgebildete Pöstlerin. Zudem ist in unmittelbarer Nachbarschaft jemand, der dort sehr gerne mitarbeiten würde. Personal wäre bereits vorhanden. Der Lindenplatz ist eine eigene Hochburg, die möchten dies trotzdem haben. Da spricht nichts dagegen aus meiner Sicht. Hier sehen Sie den Plan von Allschwil, da ist links die Post im Dorf, dann die Hauptpost, und dann die Idee an der Spitzwaldstrasse und dann noch der Lindenplatz. Somit hätten wir sogar vier Angebote in Allschwil und wenn wir einen Kreis ziehen überall etwa den gleichen Einzugsbereich. Viele Leute wissen nicht, dass an der Binnigerstrasse, vis à vis der Pferdemetzgerei Bürgi, ein Ablageort ist für Päckli. Das sind Sachen, die von der Post gar nicht richtig kommuniziert werden. Wir könnten selber etwas aufziehen in Allschwil, ohne Probleme. Ich habe die Zusicherung von Herrn Viani, selbst wenn der Einwohnerrat dies keine tolle Idee findet und er dieses Geschäft nicht weiterverfolgen möchte, dass er sich selber mit der Post in Verbindung setzen würde. Die Post hat zugesichert, dass sie jederzeit die Lokalitäten anschauen würde. Es gibt dort drei verschiedene Finanzmodalitäten, um so eine Agentur zu betreiben, je nach dem, was der Wunsch ist. Ich wünsche mir, dass wir über das diskutieren, damit wir klarer werden, was wir der

Bevölkerung geben wollen. Ich bin oben im Dorf zuhause, mich betrifft das nicht, sodass ich das haben muss. Ich darf jetzt etwas lancieren für den unteren Teil von Allschwil, das kein Eigeninteresse beinhaltet.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das Unschöne an diesem Postthema ist, dass Allschwil Dorf thematisiert wird mit dem Begriff Neu-Allschwil. So, als ob immer noch ein Graben von anno domini bestehen würde. Das ärgert mich und das ärgert den Gemeinderat. Mit anderen Worten heisst das, damit der Lindenplatz zu seiner Poststelle kommt, verlangt die Post im Gegenzug, dass wir im Dorf zurücktreten müssen. Dies ohne Begründung, und nicht zwingend im Interesse von Allschwil, sondern primär im Interesse der Post. Für die Post ist letztendlich die Agenturlösung eine gute Lösung, für Allschwil ist dies eine weniger gute Lösung. Darum haben wir bei der Post klar signalisiert, dass der Gemeinderat an der Poststelle II festhält im Dorf und zusätzlich die Agentur am Lindenplatz möchte, weil von den Petenten und Petentinnen klar zum Ausdruck gebracht wurde, dass man am Lindenplatz etwas haben möchte. Dies ist gerechtfertigt, man kann nicht erwarten, dass man zum Ahornplatz geht, sondern es braucht hier eine Lösung. Der Gemeinderat hat überprüft, wie man mit der Post umgehen kann. Fakt ist, dass wir nicht an eine Fachkommission gelangen können, die einen Vergleich erarbeiten würde, denn es ist nicht die Post, die den Lösungsvorschlag unterbreitet oder eine neue Lösung möchte in Allschwil, sondern es sind wir Allschwiler, die eine neue Lösung möchten. Somit sind wir gezwungen, mit der Post zu einem Konsens zu kommen. Wenn jetzt der Eindruck entstanden wäre, dass wir uns nicht mehr für die Erweiterung des Poststellennetzes einsetzen würden, dann wäre das falsch. Selbstverständlich werden wir mit der Post weiterhin in Kontakt bleiben und nach Lösungen suchen. Die Frage ist, wie das aussehen wird. Wenn ich diese Lösung anschau, dann ist klar, dass wir jetzt in ganz Allschwil ein paar Agenturen ansiedeln könnten, es gäbe viele Unter- und Übervarianten zum diskutieren, ob sie sinnvoll sind, ist etwas anderes. Wir möchten uns aber eigentlich am Antrag orientieren. Hier heisst es, der Gemeinderat wird beauftragt mit den Geschäftsinhabern im Gebiet Lindenplatz die Möglichkeit einer Errichtung einer Postagentur zu eruieren. An diesem Punkt knüpfe ich an. Der Gemeinderat ist entschieden der Meinung, dass es nicht seine Aufgabe ist, mit Ladenbetreibern in Kontakt zu treten und Möglichkeiten einer Postagentur abzuklären. Für das ist das Know-how, die Zuständigkeit und die Kompetenz nicht gegeben. Das hat überhaupt nicht den Hintergrund, dass die Gemeinde sich nicht für diese Thematik einsetzen möchte. Aber so, wie es in der Motion formuliert wurde, ist der Gemeinderat der Ansicht, dass er die dringliche Motion in diesem Fall so nicht überweisen sollte. Wir stehen aber hinter der Diskussion und sind froh, dass diese Diskussion öffentlich und hier drin geführt wird. Letztendlich muss von hier der politische Druck spürbar werden, dies auch bei der Post. Das sind die Überlegungen des Gemeinderates.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich habe für die Idee der Motion grosses Verständnis. Ich persönlich bin mit der jetzigen Postsituation in Allschwil nicht zufrieden. Ich finde es eine gute Sache, dass sich der Gemeinderat weiterhin einsetzt, um hier eine befriedigende Lösung für alle zu finden. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Motion, wie sie vorliegt, der falsche Weg ist. Anton Lauber hat es gesagt. Der Gemeinderat ist weder sachlich zuständig noch hat er das nötige Fachwissen, um mit Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhaber über die Möglichkeit von Postagenturen zu sprechen. Darum werden wir von der CVP-Fraktion die Motion ablehnen. Die Idee der Motion halten wir aber für richtig.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Die Post hat uns ein Angebot gemacht und der Gemeinderat hat gesagt, dass wir mehr möchten. Die Post hat mit Druck reagiert, unsensibel, und hat gesagt, dass sie entscheiden. Gegen diesen Druck reagiert Josua Studer mit Gegendruck und sagt, der Gemeinderat soll es denen zeigen. Ich finde diesen Kommunikationsstil schlecht. Ich finde ihn von der Post schlecht, aber ich finde ihn auch von Josua Studer schlecht. Das ist zu viel Druck in dieser Situation. Ich hätte erwartet, dass die Post schreiben würde und sagen, dass dies nicht geht aus den genannten Gründen und vorschlägt, sich zusammen an einen Tisch zu setzen. Oder sie sagt, jetzt liegt es an uns, nun sollen wir über die beiden Varianten entscheiden, aber nicht, dass sie über uns hinwegfahren. Josua Studer hätte vorher oder hinter den Kulissen fragen können, was hier eigentlich los ist. Das Petitionskomitee hat das gemacht und die SP auch. Ich habe Gemeindepräsident Christoph Morat gefragt, was hier läuft und er hat mir zugesichert, dass es weiter geht und dass es besser wäre, wenn wir jetzt nicht weiter agieren. Wir hätten noch viele Ideen zur Post. Es ist komisch, wenn hier Ideen zur Post in Form von Postulaten hier drin landen. Ich fände es gut, wenn wir dem Gemeinderat Zeit geben und wir uns dann zusammen an einen Tisch setzen zum Thema Post, damit wir nicht jedes Mal hier über einzelne Ideen lange reden müssten. Vielleicht kämen wir zusammen auf eine bessere Idee. Ich lehne die Motion ab. Wenn der Gemeinderat so auftreten würde, dann ist es kontraproduktiv und dann kommen wir in Neu-Allschwil kaum zu einer Postagentur.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung, ob diese Motion überwiesen werden soll.

://:

Die Motion wird mit 33 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

Wir kommen zur nächsten dringlichen Motion betreffend Ausbau der Poststelle Allschwil 1, eingereicht von der SVP-Fraktion.

Cedrik Roos, 1. Vizepräsidentin: Geschätzte Präsidentin, lieber Einwohnerrat. Die Ausgangslage ist die gleiche, der Anknüpfungspunkt ist aber ein anderer. Anstatt Druck zu machen, bringen wir eine neue Lösung. Wir sind klar der Meinung, dass ein politischer Wille formuliert werden muss, wie das Anton Lauber vorhin angetönt hat. Manchmal würden wir uns freuen, wenn von der SP-Seite oder von den Grünen ein besserer Vorschlag kommen würde, das wäre zu begrüßen. In unserer Motion geht es nicht primär um eine neue Poststelle, sondern sekundär. Primär möchten wir uns stark machen für einen Ausbau der Post als Beratungscenter. Für alle, die den Bericht des Schweizer Fernsehen gesehen haben, die Quelle ist in der Motion angegeben, haben gesehen, dass die Post einen neuen Poststellentyp entwickelt hat für mittlere Gemeinden. Eingeführt wird das in Gemeinden wie Horgen, 18'000 Einwohner, und Martigny, 16'000, Einwohner, also beide kleiner. Das Ziel neben dem normalen Service Public der Post, ist es, die Postfinance näher ins Zentrum zu rücken, damit man beispielsweise auch eine Hypothek abschliessen kann, andere Finanzgeschäfte tätigen oder Konten eröffnen kann. Das würde zu dem Mehrbedarf führen, den die Post fordert, um eine weitere Poststelle aufzumachen. Dieser Punkt fehlt momentan der Post. Das wäre nicht nur eine Stärkung der Gemeinde, sondern würde uns als Gemeinde selbstständiger machen. Momentan müssen wir für unsere Geschäfte immer nach Basel gehen. Als grösste Baselbieter Gemeinde und als Ort in den Top 40 betreffend Einwohnerstärke dürfen wir mehr Selbstvertrauen haben. Darum möchten wir einen Ausbau in unserem Dorf und eine Stärkung der Post in Allschwil.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Allschwil ist eine selbstbewusste Gemeinde. Wenn Sie sehen, was für ein Wachstum wir hatten bei den Steuereinnahmen bei den juristischen Personen, wie das Nicole Nüssli vorhin gezeigt hat, dann sieht man, wo unsere Kraft liegt, auch mit einer Poststelle 1 und Poststelle 2, wie wir sie zurzeit haben. Es ist klar, dass es dazu führen wird, dass wir allenfalls Wettbewerbsvorteile haben, wenn verschiedene Geschäfte auf der Post erledigt werden können. Die Frage ist, in wessen Interesse dies liegt. Hier hat es sich der Gemeinderat schwer gemacht in der Diskussion. Wenn wir von der vorhergehenden Diskussion ausgehen, dann reden wir vom Hausweg, von der Nähe der Post für die Einwohnerinnen und Einwohner, die nicht die Postfinance suchen und dies zuhause über den Computer regeln können mit dem Kärtli. Zurzeit drückt uns der Schuh eher bei der Erreichbarkeit der Post für den kleinen Mann und für die kleine Frau, wenn ich das so sagen darf, und weniger das Geschäft, wie es hier angesprochen wurde, als neues Geschäftsmodell, dass die Postfinance mit Hypothekargeschäften in die Nähe rückt. Die Hypothekargeschäfte und Finanzgeschäfte, die angesprochen wurden, können okay sein. Ich möchte mir hier kein Urteil anmassen. Aber es kommt doch recht nahe ans Bankgeschäft heran. So gesehen habe ich Mühe, wenn sich der Gemeinderat Allschwil im Wettbewerb zwischen allen Banken auf dem Platz Allschwil für die Postfinance einsetzen müsste, die zwar noch keine Bank ist, aber im Bankensektor aktiv ist. Das sind gewisse Vorbehalte. Auch wenn der Gemeinderat nicht bereit ist, die Motion zu übernehmen, sehen wir, welchen wichtigen Stellenwert die Post, die Postfiliale, in Allschwil genießt. Wir nehmen das mit als Auftrag an den Gemeinderat, weiterhin tatkräftig mit der Post zu verhandeln für sinnvolle Lösungen.

Josua Studer, parteilos: Ich bin etwas erstaunt, dass die SVP nicht selber zuerst schauen möchte, dass wir zu einem Postangebot beim Lindenplatzgebiet kommen. Ich finde die Grundidee von diesem Ausbau eines solchen Angebots interessant. Wieso nicht. Wäre das ein Postulat, dann könnte man dem Gemeinderat den Auftrag geben, abzuklären, ob er die Möglichkeit sieht, währenddem er mit der Post für ein erweitertes Angebot in Allschwil verhandelt, dann wäre dies ein interessanter Punkt. Wenn es eine Agentur, oder zwei oder drei, gibt in Allschwil, dann würden sich die Geschäfte, die jetzt bei der Hauptpost abgewickelt werden, verteilen. Dann gäbe es Freiraum und dann könnte man dies anschauen. Es sieht gut aus, aber es wäre gut, wenn man es als Postulat machen und überweisen würde.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wie Gabi Huschke es bereits gesagt hat und wir auch, finden wir das Thema dringlich, darum müssen wir es heute Abend behandeln. Es ist aber nicht dringlich, dass wir jetzt mit vielen Ideen operativ vorschreiben, was die Geschäfte der Post anbelangt. Die SVP hat im Mail geschrieben, dass der Gemeinderat einen Denkanstoss braucht. Cedrik Roos hat gesagt, er wäre froh, wenn die Linken auch einmal eine Idee einbringen würden. Wir haben die Idee mit dem Volk eingebracht. Wir sind auf die Strasse gestanden und haben die Idee unter das Volk gebracht. Das Volk hat gesagt, dass wir das machen sollen. Daraufhin hat der Gemeinderat dies aufgenommen und jetzt ist er daran. Es ist gut, wenn wir immer wieder darüber reden, aber es ist auch gut, wenn wir dem Gemeinderat Vertrauen schenken, und er uns ab und zu informiert, was mit der Post möglich ist und was nicht. Wenn wir jedes Mal hier mit Aktivismus vorgehen, dann können Sie sicher sein – schauen Sie in Ihrem Geschäft, wenn ständig einer vor der Türe steht und sagt, wie Sie das Tagesgeschäft machen sollen, wie Sie reagieren -, dass dies nicht gut kommt. Lassen wir die beiden Parteien behandeln und schauen, dass wir Antworten erhalten.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion sehen den Zusammenhang nicht ganz, wie der Ausbau der Poststelle Allschwil 1 dazu führen soll, dass von der Post plötzlich erkannt wird, dass ein Bedarf für eine Poststelle Allschwil 2 vorhanden ist. Im Gegenteil, wenn die Post Allschwil 1 zu einem riesigen Zentrum ausgebaut wird, dann könnte sich die Post auf den Standpunkt stellen und sagen, dass es die dritte Poststelle am Lindenplatz erst recht nicht mehr braucht. Darum halten wir diese Motion für einen sehr falschen Weg und die CVP-Fraktion lehnt diese Motion ab.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Gemeindepräsident Anton Lauber. Was heisst: wir sind im Gespräch? Gibt es einen nächsten Termin? Oder lässt man Gras darüber wachsen und wir reden in einem Jahr wieder? Wie sieht der Zeitraum aus?

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ein Datum kann ich noch nicht nennen, das ist klar. Wir haben abgeklärt, ob man das allenfalls an eine eidgenössische Instanz weiterziehen kann. Wir haben das leider negativ beantwortet erhalten, weil der Wechsel nicht von der Post gewünscht wurde, sondern von der Bevölkerung, darum gilt ein anderer Weg. Wir werden auf der Basis der heutigen Situation die Gespräche mit der Post weiterführen. Ich kann aber kein Datum nennen. Wichtig ist, was Andreas Bammatter gesagt hat, wir müssen unsere Kräfte etwas bündeln, wir können nicht jeden Tag mit einer neuen Idee kommen, das macht es nicht verhandlungsfreundlicher. Wenn man ein Ziel hat, dann sollte man sich auf ein bestimmtes Ziel fokussieren und dies vertreten. Das Ziel ist für uns definiert, es heisst Poststelle 1, 2, plus die Agentur am Lindenplatz. Ich denke, das wird nach wie vor die Verhandlungsbasis sein. Wenn sich so ein Ziel nicht von heute auf morgen realisieren lässt, dann arbeitet auch die Zeit. Vielleicht entwickelt sich auch eine andere Richtung an der Poststelle 2, sodass es für das Dorf nicht mehr so schwierig wird, auf diese Poststelle zu verzichten. Auch hier kann man ein Monitoring machen. Ich darf auch hier feststellen, dass wir vom Dorf bis jetzt noch nichts gehört haben, was ich mit dem Gemeinderat zusammen auch schon in Erwägung gezogen haben. Damit habe ich nicht gesagt, die haben ihre Poststelle nicht mehr. Wir sind in der politischen Diskussion, die ist relativ schwierig und die kann man nicht einfach über die Leiste brechen. Es gibt ein Sprichwort: Kommt Zeit, kommt Rat. Wir können nicht sagen, am 24. Dezember 2010 ist das Problem gelöst.

Cedrik Roos, 1. Vizepräsident: Nochmals zur Idee, die hinter dieser Motion stand. Es gibt eine Möglichkeit, wie man die Post dazu zwingen kann, eine weitere Poststelle aufmachen kann. Und zwar gibt man ihnen so viel Arbeit, dass sie einfach müssen, darum der geforderte Ausbau der Poststelle. Ich bin aber bereit, die Motion zu einem Postulat zurückzustufen, und möchte diese dem Gemeinderat als Denkanstoss mitgeben.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann stimmen wir über die Überweisung des, nun neu, Postulats ab.

://:

Das Postulat wird mit 27 Nein-Stimmen, 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir fahren fort in der Traktandenliste und kommen zum vorgeschobenen Traktandum 10.

Josua Studer, parteilos: Danke Frau Präsidentin. Jetzt ist genau das eingetroffen, das ich erwartet habe. Darum habe ich nach der Pause den Antrag gestellt auf eine Traktandenänderung.

[Wortmeldung ohne Mikrofon]

Josua Studer: Jetzt darf ich wieder reden, das ist nett. Ich stelle den Antrag, dass wir das vorgeschobene Traktandum absetzen, da der Vorstossende nicht mehr da ist, weil er weg musste. Genau das hat er anfangs Abend gesagt, und das hat das Präsidium nicht auf die Reihe gebracht.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die letzte Bemerkung habe ich überhört. Wir stimmen über die Traktandenlistenänderung ab.

://:

Das Traktandum 10 wird einstimmig abgesetzt.

555 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Interpellation von Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion, vom 10.09.2009 betreffend Glasfasernetz in Allschwil
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3878 / A

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Präsidentin, liebe Anwesende. Ich möchte gerne zuerst die Ausführungen des Gemeinderates hören, bevor ich mich zu dem Thema äussere. Um was es geht, haben Sie hoffentlich alle nochmals rekapituliert, es ist doch schon ein Jahr her, als ich das eingereicht habe.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, das ist ein Thema, das wir im Einwohnerrat noch nie zusammen beraten haben. Das heisst nicht, dass es nicht existent wäre, aber es zeigt, dass es sehr futuristisch ist, oder vielleicht auch nicht. Was sind Glasfasern? Es geht um ein Übertragungsmedium für Daten, für Informationen, für Nachrichten. Wir sind dort auf verschiedene Bandbreiten angewiesen, damit unsere Internetapplikationen, unser Fernsehen, das interaktive Fernsehen etc. funktionieren, dadurch sind wir auf immer mehr Datenmengen angewiesen, die auf den heute bestehenden Kabeln transportiert werden müssen. Man stellt fest, dass wir immer mehr Probleme haben mit den alten Kupferleitungen und die nicht mehr in der Lage sind, die heutigen Datenmengen zu bewältigen. Wir reden von heute, in Zukunft werden die Datenmengen bedeutend mehr zunehmen, HDTV, die Programme, die wir heute bereits auf dem Fernsehen haben, das interaktive Fernsehen, aber auch Video on demand, und die Entwicklung gehen weiter. Das sind alles Medien, die enorm viele Datenmengen brauchen und versenden. Die Lösung wäre Fibre to the Home, FTTH, als Fernmeldernetz. Das sind die Glasfasern, die etwa so dick sind wie das menschliche Haar, und eine enorme Leitungsfähigkeit haben. Diese gibt es schon, die sind bereits im Einsatz, allerdings nicht für den Otto-Normalverbraucher, sondern dienen vor allem zur Verbindung von kleineren oder grösseren Verbindungen in Geschäftshäusern, bei Ortszentralen oder Verteilerkästen im Quartier, da sind sie bereits in Anwendung. Es ist also keine absolut neue Thematik. Was von diesen Verteilerkästen in die Wohnungen geht, ist ein anderes Thema. Verteilerkasten, Wohnhausanschluss, da reden wir von der so genannten Koaxialkabel. Das sind Kupferkabel, die effektiv immer weniger den heutigen und den künftigen Anforderungen entsprechen. Wenn wir die Bandbreiten anschauen – ich kann hier auch auf Cablecom verweisen, wenn man digitale Sendungen aufschalten will, dann hat das meistens zur Folge, dass man analoge abschalten muss. Das liegt daran, dass die Bandbreiten dieser Leitungen nicht mehr reichen. Die Bandbreitenbedürfnisse steigen kontinuierlich an. Wir haben festgestellt, dass wir in den letzten Jahren eine 160% Zunahme hatten von den Bandbreitenbedürfnissen. Die Koaxialkabel von Cablecom und generell vom Kabel-TV, die über Kupferkabel laufen, kommen langsam an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Das wird sicher in den dicht besiedelten Gebieten so sein, in den städtischen Agglomerationen und mit der Zeit auch in den weniger dicht besiedelten Gebieten. Auch in Basel-Stadt

wurde dies diskutiert von der IWB, wo man ein Glasfaserprojekt umsetzen wollte, nur in der Stadt, nicht in den ländlichen Gebieten, wo Allschwil und Riehen dazu gehören, mit der Begründung, dass sich zum jetzigen Zeitpunkt ein Glasfasernetz nur in städtischen Agglomerationen kostendeckend – wir reden noch nicht von gewinnbringend – betrieben werden kann. Das ist der Grund, weshalb man noch nicht sicher ist, wie weit man ausserhalb der städtischen Gebiete solche Leitungen legen kann. Es geht um das Thema Wettbewerb. Es ist klar, es ist die Technologie der Zukunft und man geht davon aus, dass hier sehr viel Geld zu verdienen ist. Der, der zuerst kommt, ist dann dabei. Der Wettbewerb zwischen den Glasfasernetz-Anbieter ist fast nicht möglich, weil es fast nicht in der Kompetenz und in den finanziellen Möglichkeiten von verschiedenen Telekommunikationsunternehmen liegt, ein flächendeckendes Netz zu finanzieren. Wir reden hier von unglaublich hohen Investitionskosten, wenn man ein solches Glasfasernetz quasi flächendeckend realisieren möchte. Wenn das jemand schafft, ein Gigant, dann führt das im Normalfall dazu, dass wir eine Monopolisierung von dieser Dienstleistung haben. Wir kennen die Folgen der Monopolisierung, das sind hohe Preise. Das hat man bereits erkannt, auch auf Bundesebene, und man hat dafür einen runden Tisch einberufen von der eidgenössischen Kommunikationskommission, KomKom. Sie hat ihre Arbeit im Herbst 2008 aufgenommen. An diesem runden Tisch sind alle potenten Marktakteure von Telekommunikationsanbietern, aber auch Städte- und Stadtwerke, mit dem Ziel, die Entstehung eines Monopols zu verhindern und dafür zu sorgen, dass in Zukunft ein Wettbewerb möglich ist im Bereich vom Glasfasernetzaufbau, der finanzierbar und effizient stattfinden soll. Diese Projekte sind nach wie vor in Diskussion. Es haben sechs Gesprächsrunden stattgefunden, wie dieses Thema angegangen werden soll. Die nächste Runde findet anfangs 2011 statt. Es ist ein Thema, das auf Bundesebene aufgegriffen wurde, und die nächsten Inputs sind vom Bund zu erwarten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Glasfasertechnologie, könnte man meinen, befinden sich im Fernmeldegesetz. Hier muss man aber feststellen, dass noch keine Regelung für die Glasfasertechnologie vorhanden ist. Es ist auch klar, dass es als künftige Technologie erkannt wurde, und so haben sich Parlament und Bundesrat damit bereits beschäftigt, aufgrund von Vorstössen im Parlament und aus Gründen der Wettbewerbskommission, die gegen diese Monopolisierung einschreitet. Hier darf man erwarten, dass bis Ende 2010 eine Auslegeordnung vorliegt, aus wettbewerbs- und versorgungspolitischer Sicht, auch hier auf Stufe Bund. Ein anderer wichtiger Aspekt beim Fernmeldegesetz ist, dass grundsätzlich alle Telekommunikationsunternehmen nach ihrem Gutdünken bauen dürfen. Damit haben wir einen Wildwuchs und keine Regulierung, was theoretisch die Entstehung von "natürlichen" Monopolen ermöglichen würde. Man geht davon aus, dass auch im Bereich des Fernmeldegesetzes gesetzliche Vorschriften des Bundes kommen werden bezüglich der Glasfasertechnologie.

Die Netzsituation in Allschwil: Wir haben ein Telekommunikationsnetz, das besteht aus Koax-Kabeln. Diese Kabel gehören der Stiftung Kabelnetz, wo Telebasel auch daran hängt, und wird benutzt durch die Cablecom. Cablecom betreibt die Koaxialkabel und hat damit die Möglichkeit, uns mit Fernsehsignalen zu versorgen. Cablecom ist in Amerika beheimatet und verbreitet bei uns diese Technologie. Ich weiss, als Stiftungsrat von Telebasel, dass Cablecom einen Schritt in diese Richtung gehen wird, sodass man die Glasfasertechnologie andenken kann.

Es gibt einen weitere Player, die EBM. Die EBM baut Hybrid Fiber Coax Netze, HFC, vor allem in Zusammenhang mit der GGA-Netz, wir kenne sie alle als intergga, die TV-Signale überträgt, oder Glasfasernetze, die wir zum Beispiel beim ELCO-PARK haben. ELCO-Park konnte mit FTTH ausgerüstet werden. Diejenigen, die neu im ELCO-PARK einziehen werden, können von dieser Glasfasertechnologie profitieren. Der Vorteil von der EBM ist, dass sie eine EBM Netz AG haben mit der Infrastruktur bestehend aus Rohranlagen, was eine wichtige Voraussetzung ist für die Legung von Glasfaserkabeln, und sie arbeiten mit der EBM Telecom AG zusammen. So haben sie die Möglichkeit, die Glasfasertechnologie voranzutreiben. Hier ist wichtig, dass wir im Gegensatz zu Frankreich oder anderen skandinavischen Ländern, keinen Open Access haben. Es kann also nicht jeder auf die Glasfasertechnologie aufsteigen, auch wenn sie besteht. Also nur die EBM kann dann beispielsweise die Glasfasertechnologie brauchen und anderen dies verweigern. Das ist eben der Schritt in die Monopolisierung, was zurzeit das Hauptthema ist.

Dann gibt es die Swisscom, sie arbeitet mit einem Kupferzweidrahtnetz, also zwei Kupferdrähte, zwei Koaxialkabel. Sie sind liberalisiert und stehen allen Providern zur Verfügung, aber sie sind auch in der Bandbreite heute und in Zukunft beschränkt. Da besteht auch ein Handlungsbedarf.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass diese Technologie Glasfasern für Allschwil zukünftig ein wichtiger Aspekt sein wird, wir sind auch bereit, dies aktiv zu verfolgen. Die Frage ist, wie kann die Gemeinde Allschwil hier aktiv werden. Heute sind diese Anbieter bekannt, die ich hier genannt habe. Die Gemeinde Allschwil ist bereit, mit diesen Anbietern das Gespräch zu suchen. Allerdings geht es hier um die Terminierung, bis die Bundesvorschläge auf dem Tisch liegen. Nichts desto trotz hat man bereits mit der EBM geredet, aber es gibt auch weitere Anbieter von dieser FTTH-Technologie, IWB, Cablecom, Swisscom, EBM etc., wo man diskutieren muss. Für uns geht es darum, dass auch Allschwil früher oder später vom FTTH-Netz profitieren kann. Dies grundsätzlich zum Credo des Gemeinderates, das war die Frage 1, wir stehen für das ein.

Frage 2, wie sieht das geplante Vorgehen in dieser Sache aus. Wie gesagt, wir haben die Gespräche geführt, um überhaupt diese Thematik auszubreiten. Es stehen uns noch weitere lange Gespräche bevor. Eines ist aus Sicht der Gemeinde Allschwil klar. Wir haben nicht im Sinn, selber in die Glasfasertechnologie einzusteigen, um als Anbieter in irgendeiner Form aktiv zu werden. Das soll Gegenstand sein vom Wettbewerb, und es würde auch unsere Kasse sprengen. Es hört sich vielleicht komisch an, wenn ich das sage, aber es wurde schon ein paar Mal an uns herangetragen. Es heisst, hier liege das grosse Geld in Zukunft, und die Gemeinde Allschwil könne gross verdienen. Wenn ich richtig informiert bin, dann geht es aber um Telekommunikation. Bei der Telekommunikation kann man keine Durchleitungsrechte wie beim Wasser geltend machen. Ich gehe davon aus, dass die Gemeinde mit der Zurverfügungstellung von Glasfaserkabeln selber das grosse Geld machen könnte, was noch zu prüfen wäre. Das sind die ersten Informationen.

Zu Frage 3 kann ich klar sagen: Ja, Allschwil ist interessiert an Glasfasernetzen. Mit IWB, EBM und Swisscom hat Simon Maurer die richtigen Firmen angesprochen, die für dieses Thema in Frage kommen. Dies ist der Standpunkt des Gemeinderates und ich bin gespannt, was Simon Maurer noch zu sagen hat.

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Präsidentin, geschätzter Anton Lauber, danke für die Antwort. Als ich diese Interpellation eingereicht habe, ging es mir vor allem darum, dieser Punkt liegt mir sehr am Herzen, dass der Zugang zu einem Glasfasernetz diskriminierungsfrei ist. Das ist Wort, das man in den Medien immer wieder hört. Das heisst, dass alle Dienstleister zu den gleichen Konditionen Zugang zu diesem Netz haben. Ich unterscheide auch zwischen Dienstleister, das ist einer, der einen Inhalt überträgt, Internet, Telefonie oder Fernsehen, und Netzbetreiber, das ist der, der die Infrastruktur unterhält. In meinen Augen wird das schwierig, wenn der Netzbetreiber gleichzeitig als Dienstleister auftritt. Wir sehen das jetzt bei der Cablecom. Sie hat das Netz und verbreitet als Alleinherrscher den Inhalt. Bei der Swisscom sieht das ähnlich aus beim Thema Fernsehen. Da kann man ausschliesslich mit Swisscom fernsehen, man hat also keine grosse Auswahl. Ausserdem hat der Ausbau von Glasfasernetzen an vielen Orten bereits angefangen. Ich glaube nicht, dass der erwähnte runde Tisch sich bald auf eine allgemeingültige Regelung einigen wird, weil zu viele unterschiedliche Interessen aufeinander prallen. Ich bitte den Gemeinderat sich dafür einzusetzen, dass alle Dienstleister in einem Glasfasernetz, das in Allschwil einmal gebaut wird, gleichberechtigt behandelt werden.

Es wurde angesprochen, dass jedes Kommunikationsunternehmen sein eigenes Netz bauen kann. Ich denke, dass man dies verhindern muss. Sonst kommt die Firma Swisscom, reisst alle Strassen auf, legt Kabel rein, macht die Strasse wieder zu, und dann kommt ein Monat später die nächste Firma und macht nochmals das gleiche. Dann sieht Allschwil aus wie der Grabenringkreisel. Ausserdem führt das auch zu höheren Kosten beim Endkunden, wenn jeder sein eigenes Netz hat.

Zum weiteren Vorgehen. Ich möchte, obwohl Anton Lauber gesagt hat, es sei keine gute Idee, den Gemeinderat bitten nochmals zu prüfen, ob ein eigenes Netz, das von der Gemeinde Allschwil finanziert wird, in Frage kommt. Es gibt dazu diverse Firmen, die Gemeinden in solchen Punkten beratend zur Seite stehen können. Die Gemeinde Allschwil finanziert und besitzt das Netz, sie stellt eine externe Firma an, die das Netz betreibt, also die Infrastruktur und Funktion gewährleistet, und dann verschiedene Drittanbieter, die dann den Inhalt bis ins Haus liefern. Ausserdem möchte ich den Gemeinderat bitten, bei diesem Thema am Ball zu bleiben, dass aus einem möglichen Standortvorteil nicht, weil man es verplumpert, ein Standortnachteil wird. Zum Schluss würde es mich interessieren, wieso es für die Beantwortung meiner Interpellation mehr als ein Jahr gebraucht hat.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich fange mit der einfacheren Antwort an. Warum ist die Gemeinde Allschwil nicht begeistert von der Idee, ein eigenes Netz zu betreiben. Wir haben andere Investitionsvorhaben vor. Wir reden von Schulhäusern, die saniert respektive neu gebaut werden müssen, etc. Da kommen noch sehr hohe Investitionen auf uns zu. Aber sag niemals nie, ich werde dies gerne so mitnehmen. Falls wir irgendwo zu viele Finanzen hätten, können wir das Thema diskutieren. Dieter Pfister sagt schon Nein? Aber auch da ist noch nicht aller Tage Abend. Wir werden am Ball bleiben. Sie haben gefragt, warum Sie so lange warten mussten. Bis zum heutigen Abend waren wir, ehrlich gesagt, noch keine Glasfaserexperten. Zum Zweiten ist der Markt sehr dynamisch, die IWB, die in der BAZ sehr breit kommuniziert hat, hat das Thema lanciert und der Gemeinderat hat zuerst das Thema verfolgt. Die Diskussion wurde von der IWB in Gang gesetzt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Simon Mauer, sind Sie zufrieden mit der Antwort oder verlangen Sie eine Diskussion?

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Ich bin zufrieden mit den Antworten. In der Stadt Zürich, ich weiss nicht mehr genau, wer das Netz gebaut hat, funktioniert dies bestens, ich glaube das Zürcher Stadtwerk betreibt das Netz. Als ich vor einem Jahr geschaut habe, waren es über fünf verschiedene Dienstleister, wo man sich anmelden konnte, um die Informationstechnologie ins Haus zu holen. Ich muss noch die Frage beantworten, ob ich die Diskussion wünsche. Ich sag einmal Ja, wenn Sie noch reden mögen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir stimmen über die Diskussion ab.

://:

Eine Diskussion wird mit 22 Nein-Stimmen, 6 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Ich schliesse die Sitzung, danke fürs Durchhalten, bis zum nächsten Mal und einen schönen Abend.

ENDE DER SITZUNG